

wir diesem oder jenem Sozialdemokraten vor, daß er Arbeiterfreier ist und also nicht die Interessen des gesamten Volkes vertreten könnte? Die ganze Debatte scheint mehr auf Propaganda hinauszulaufen als auf eine vernünftige Voris in der Steuerpolitik.

Nach einer Anzahl persönlicher Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Geislerich und Dr. Gerk werden unter Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Vorschläge die Bestimmungen des Artikels 1 in der Einkommensteuer angenommen. Demgemäß beträgt die Einkommensteuer für 1923 für die erste Million des steuerbaren Einkommens 10 Prozent

„ nächste Million „	15
„ „	20
„ „	25
„ „	30
„ „	35
„ „	40
„ „	45
„ „	50
„ „	55
„ „	60

Die berechnete Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 M. für den Steuerpflichtigen und seine Frau bei einem Einkommen bis zu einer Million M., um 12000 M. für jedes minderjährige Kind bei einem Einkommen bis zu 2 Millionen. Für Mann und Frau werden je 200 M. monatlich und für jedes minderjährige Kind 1000 M. monatlich vom Steuerbetrag gekürzt. Die zulässigen Abzüge für Werbungskosten usw. betragen 1000 M. monatlich. Der Rest des Einkommens wird nach dem Kompromißantrag der Regierungsparteien, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmen, angenommen. Die Grenze für die Besteuerung mit 10 Prozent wird demgemäß für 1922 auf 400000 M., statt der vom Einkommen geforderten 300000 M., hinaufgesetzt.

Die Änderungen zum Gesetz gegen die Kapitalflucht werden in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Entwurf einer Reichshandelsordnung wird sodann in zweiter Lesung nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso die des Reichsrechnungsbol, Reichsaudit und Allgemeine Finanzverwaltung. Morgen 12 Uhr: Anfragen, Kleine Vorlagen, weitere Nachtragsents. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Lausanner Konferenz.

Der erste Ausschuss der Lausanner Friedenskonferenz trat Donnerstag vormittag auf, um die Verhandlungen über die Winderheitenfrage fortzusetzen. Ismet Pascha beantwortete die Erklärung Lord Cursons aus der gekürzten Sitzung Punkt für Punkt. Er sagte, daß die Stellung der Türkei in der Frage der Winderheiten durch den Nationalpakt festzulegen sei. Lord Curson betonte in seiner kurzen Antwort den persönlichen Geist, von dem die Worte Ismet Paschas getragen seien, und unterstrich besonders die von Ismet Pascha zum Ausdruck gebrachte Absicht der türkischen Regierung, daß sie sofort nach Friedensschluß ihre Aufnahme in den Völkerverbund nachsuchen werde. Der französische Delegierte Barère und der italienische Delegierte Garroni schlossen sich den Ausführungen Lord Cursons an und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeiten der Unterkommision von Erfolg gekrönt sein würden. Wenigstens vertrat den Standpunkt der griechischen Regierung in der Frage der Winderheiten. Nach der Entgegnung Ismet Paschas und nach einer kurzen Erklärung von Spalatermitt wurde die Sitzung ausgeschrieben.

Die Unterkommision wird ihre Sitzung am heutigen Freitag vormittag beginnen. Nach einer persönlichen Aussprache zwischen Lord Curson und Ismet Pascha scheint festzustehen, daß der Lösung der Frage der Winderheiten keine großen Schwierigkeiten im Wege stehen und daß man bald zu einer Einigung kommen wird.

Zur Erhöhung der Beamtengehälter.

Beim Abschluß der Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Erhöhung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne erklärte die Vertreter der Epikensorganisationen, sie könnten die von der Regierung bewilligten Erhöhungen nur als Abschlussschritt ansehen und müßten in einigen Tagen mit neuen Forderungen an die Regierung herantreten. Das Reichskabinett stimmte in seiner gestrigen Nachmittagsitzung der Erhöhung der Beamtengehälter, wie sie in den Mittwoch-Verhandlungen beschlossen worden war, zu.

Verbraucherorganisationen und Wucherbekämpfung.

Die Epikensorganisationen der Gewerkschaften berieten gestern mit dem Vertreter des Landespolizeiamts Greinitz darüber, in welcher Weise die Verbraucherorganisationen und ihre Mitglieder bei der Wucherbekämpfung tätig sein können. Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, als Vertreter der Verbraucher in allen Fällen, in denen eine Bewachung des Publikums sich ergeben würde, sofort mit den Wucherbehörden oder den Ortspolizeibehörden in Verbindung zu treten. Die Ortsstellen der Gewerkschaften werden Meldestellen einrichten, bei denen Verbraucher, die sich bewuchert fühlen oder eine Übertretung von Vorschriften der Wirtschaftsregelung wahrnehmen, Anzeige erstatten können.

Garden-Prozess.

In der gestrigen Sitzung im Gardenprozess wurde seitens der Verteidigung ausgeführt, Weichardt könne höchstens als Gehilfe bei der Körperverletzung in Frage kommen. Rechtsanwalt Bloch erklärte, die Tat des Gens kennzeichne sich als Beihilfe und nicht als Mithilfe. Nachdem der Oberstaatsanwalt kurz der Meinung der Verteidiger widersprochen hatte, daß Weichardt und Gens nur als Gehilfen betrachtet werden könnten und daß bei dem ersten ein Rücktritt vom Entschluß zur Tat vorliege, wandte sich Rechtsanwalts Grünwald gegen die Ausführungen des Rechtsanwalts Bloch, die dieser über Gardens politische Tätigkeit gemacht hatte.

Gegen 1 Uhr nachts wurde das Urteil gefällt. Es lautete gegen Gens wegen Beihilfe zur Körperverletzung auf vier Jahre neun Monate Gefängnis und gegen Weichardt wegen Beihilfe zur Körperverletzung unter Inbegriffung mildernder Umstände auf zwei Jahre neun Monate Gefängnis. Weiden Angeklagten werden zwei Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Vom Weltfriedenskongress.

Auf der Nachmittagsitzung des Saager Weltfriedenskongresses am Dienstag hielt Weichardt Deutschland eine längere Rede, in der er u. a. ausführte, daß deutsche Volk habe es sich bei der Annahme des Waffenstillstandes auf Grund der 14 Punkte Wilsons nicht träumen lassen, wie ungerecht die Friedensbedingungen ausfallen würden. Gegen alle früheren Ansagen werde die junge deutsche Demokratie dauernd auf die Folter gespannt. Die deutsche Arbeiterklasse sei demokratisch und friedlich gesinnt. Die größten Feinde der deutschen Demokratie seien nicht innerhalb Deutschlands zu suchen. Es seien vielmehr Deber vom Schloße Boicars. Die deutsche Arbeiterklasse sei bereit, bei der Wiederherstellung des Friedenszustandes so weit als möglich zu helfen. Schließlich protestierte Weichardt gegen die weitere Besetzung des deutschen Gebietes und gegen die Art und Weise, wie in London und Lausanne die deutschen Interessen

als Leuchtmittel benutzt würden. Weichardt hielt eine Verbindung der auf dem Kongress vertretenen verschiedenen Richtungen festlich gegenüber. Dem Präsidenten, Mitglied des Generalrats des britischen Gewerkschaftsbundes, hielt eine direkte Aktion zwar für zweckmäßig, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß diese Waffe wohl in England und Deutschland, wo starke Organisationen vorhanden sind, gebraucht werden könne, nicht aber in Frankreich, Italien und den skandinavischen Ländern. Zum Schluß der gestrigen Sitzung gins Tomhaus-Frankreich im Namen des Bureau des internationalen Gewerkschaftsbundes auf einige während der Debatte aufgeworfene Punkte näher ein, wobei er insbesondere den Völkerverbund in seiner gegenwärtigen Verfassung als das Element einziger Regierungen ablehnte und zur Frage des Generalrats erklärte, die internationale Arbeiterbewegung lasse sich die Freiheit nicht nehmen, einen Generalrat zu proklamieren.

Sächsischer Landtag.

St. Dresden, 14 Dezember 1922.
Für die 4. Sitzung des Landtags, in der die Aussprache über die Regierungserklärung stattfinden soll, zeigt sich nur wenig öffentliches Interesse. Die Tribünen sind ziemlich leer. Anstelle des verordneten Abg. Schmidt-Freiberg ist der Abg. Grellmanu in den Landtag eingetreten.

Zunächst finden Wahlen für einige Bezirke und Ausschüsse statt. Es liegen Vorschläge des Ministerpräsidenten vor, gegen die die Kommunisten Einspruch erheben. Nach einer Entgegnung des Abg. Wirth (Soz.), daß man Mitglieder, die von den Dingen auch etwas verstehen, vorgeschlagen habe, finden die Vorschläge des Ministerpräsidenten Annahme.

Sodann wird die Vorlage über die vom Gesamtministerium in der Zeit zwischen der Auflösung des vorigen und dem Zusammentritt des neuen Landtags erlassenen Notverordnungen beraten. Die Vorlage wird an die Ausschüsse verwiesen. — Es folgt die

Aussprache über die Regierungserklärung.

Abg. Wirth (Soz.) polemisiert gegen die Rechte und sucht die Haltung der Regierung und der Sozialdemokratie zu rechtfertigen. Mit der Regierungserklärung sei keine Partei einverstanden. Sie wünsche nur, daß die Regierung das gesteckte Ziel mit aller Energie zu erreichen versuche. Vor allem sei ein großes Interesse dafür vorhanden, daß die neue Gemeindeordnung so schnell als möglich verabschiedet werde. Die Wohnungsnot müsse baldigt bekämpft werden. Auch der Besserung der Ernährungslage müsse die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auf das Schicksal müsse man den Wucher mancher Landwirte verurteilen. Abg. Posenischer (D. N.) ruf: Schwindel und wird deshalb vom Vizepräsidenten Dr. Hänger zur Ordnung gerufen. Selbst auf die Gefahr hin, daß Beschlüsse eintraten, müsse es verucht werden, die landwirtschaftliche Produktion auch in staatliche Regie zu nehmen. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit müßten Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden. Die Wochlohnplage müsse neuzeitlich ausgebaut werden. In die Gewerbesteuern müßten Sachverständige berufen werden. (Jurist: und Parteigenossen.) Redner erklärt darauf, daß kein Parteiprominenz erkläre. Die Regierung bitte er, beim Reiche dafür einzutreten, daß die Justiz reformiert werde.

Abg. Dr. Kaiser (D. N.) erklärte zunächst, daß er sich auch mit dem Vortrager, dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regierung (Große Mehrheit), befaßen müsse. Er erkenne die schwierige Stellung der Regierung an. Das liege daran, daß man von vornherein nicht gewußt habe, ob sie die Hilfe des sozialistischen Vaters oder des kommunistischen Onkels tragen werde. Die Regierungserklärung habe enttäuscht, denn es sei weiter nichts als eine Zusammenstellung der Parteiforderungen, die erfüllt werden sollen. Vermitt haben wir in der Erklärung ein Wort darüber, daß die Regierung mit dem Volke eines Sinnes sei hinsichtlich der Schuldfrage und des Vertrags von Versailles. Auch ein Wort über die Reichstreue fehle, sowie ein wohlwollendes Wort über die Not breiter Volksschichten. Diese Unterlassungen beweisen, daß wir auch in Zukunft eine feste politische Führung dieser Regierung nicht erwarten dürfen. Sie wird fortwährenden wie bisher, sie wird die Unterstützung nehmen, wo sie sie findet und sie wird sich auch unter das kommunistische Joch beugen. Redner geht dann auf einzelne Punkte der Regierungserklärung ein. Eine Gemeindeförderung sei nicht nötig. Die Regierung will durch diese Reform nur die Gemeinden in ihre Hände bekommen. Man baut bei den Behörden nicht auf, sondern auf. (Ministerpräsident: Bei welchen?) J. B. Beim Landesamt für Arbeitsvermittlung. Das angefordigte Gesetz über die Pflichten der Beamten ist weiter nichts, als ein Gesetz zur Befestigung der politischen Freiheit der Beamten. Es mache sich ein Denunziantentum schimmiger Art breit. Der Ausländerfrage werde zu wenig Beachtung geschenkt, man dürfe nicht länger zusehen, wie unser Volk ausgebeutert werde. An der Vergewaltigung der Staatsbetriebe werde man ein blaues Wunder erleben. Man solle nicht den Bauern die Schuld allein zuschieben. Ganz verfehrt sei die Preisfestlegung für Milch und Butter. Damit werde dem Volke nur Sand in die Augen gestreut, denn man wisse ganz genau, daß die Verordnungen unbrauchbar seien. Die Trennung zwischen Kirche und Staat werde die Kirche selbst begraben. Der Redner schließt: Das Gesamtbild der Erklärung ist: Es bleibt alles beim alten. Es soll auch künftig keine Rücksicht genommen werden auf 49 Prozent der Bevölkerung, die in dieser Regierung nicht vertreten sind. Zur positiven Arbeit sind wir bereit, aber nach dem Inhalt der Erklärung und den Ausführungen Wirths können wir uns nicht entschließen, zu sagen, daß wir dieser Regierung freundlich gegenüberstehen, als der vorigen.

Abg. Dr. Oberle (D. N.) spricht der Regierung das Mißtrauen seiner Partei aus. Ihr Programm sei ungenügend und lasse sich auf die Kommunisten. Wenn die Regierung in zwei Jahren nichts gelernt habe, so sei das entweder ein Mangel an Intellekt, oder ein sittlichem Willen, oder an beiden. Solange die Staatsgüter die landwirtschaftlichen Produkte nicht billiger vertauscht als die Landwirte, solle man nicht von Wucher sprechen. Die Sozialisierungsbestrebungen der Regierung zeigen, daß sie an einer typischen Kurzsichtigkeit leidet. Weiter kritisiert der Redner das Bestehen der Regierung, die Beamten zu Parteimännern zu erziehen. Eine Regierung, die geschworen hat, die Verfassung zu schützen und die Polizeimacht in den Händen hat, bricht die Verfassung; wenn sie aus Furcht vor ihren Inhabenden Genossen die Polizei nicht zum Wohle des Staates einsetzt, wie es bei den letzten Dresdener Teuerungsunruhen der Fall war. Die Last, nach der Macht zu greifen, bestimme man, aber den Mut, auch die Verantwortung zu übernehmen, nicht. Das ist eine sittliche Schwäche. Der Redner kam zu dem Punkte „Vergewaltigung im sozialistischen Sinne“. Ich bin für meine Partei bereit, ein Stück mit Marx zu gehen (hört, hört), und zwar in der Hälfte, die Ihnen unbekannt ist (heiterkeit). Marx ist auch Mittelstandsmann, davon wollen Sie aber nichts wissen. (Der Abg. Scheller (Kom.) erhält nachträglich wegen des Juristenrufs „Schwindel“ einen Ordnungsruf.)

Abg. Wörtcher (Kom.) singt zunächst ein Loblied auf Rußland und wendet sich dann gegen die Deutschenationalen, denen er vorwirft, die Durchführung des

politischen Bedenkens zu fordern. Seine Partei wolle aber auch wissen, ob die sozialdemokratische Regierung bereit sei, den Kampf gegen die Erfüllungspolitik der Reichsregierung aufzunehmen. In längeren Ausführungen beschließt sich der Redner mit den bekannten Verhandlungen zwischen seiner Partei und den Sozialdemokraten über den Eintritt in die Regierung. Auch in der Frage der Amnestie hat die Sozialdemokratie samt ihrer Regierung das Wort gebrochen. Wir sind immer noch bereit, die Verantwortung für eine Kampfregierung zu übernehmen, die im engsten Bunde mit der Arbeiterklasse gegen die Besitzenden arbeitet. Die Kraft der Arbeiter liegt nicht hier, sondern in den Betrieben. Wir werden unser Teil dazu beitragen, diesen Parlamentarismus zu diskreditieren. Die Politik der Sozialdemokratie ist Berat an der Arbeiterklasse und Stützung der bürgerlichen Gesellschaft. Die sozialistische Regierung hätte ein Schlußwort für den Aufmarsch der Arbeiterklasse sein müssen, um einen sicheren mitteldeutschen Fortschritt zu schaffen. Abg. Dr. Gehlert (Dem.): Der Vortrager hat der Regierung das Mißtrauen in aller Form ausgesprochen. Seine Ausführungen beweisen, daß die Regierung eine Minderheitsregierung ist. Wir haben eine Wendeung dieses Zustandes auf dem Wege der Verhandlung aller auf dem Boden der Verfassung stehenden erstrebt. Heute bleibt nur dieser Weg. Unsere Verfassung ist keine sozialistische, sondern von der ganzen Volkshammer angenommen. Warum hindern Sie uns, in diesem Rahmen mit Ihnen zusammenzuarbeiten? Der Ruf auf inneres Zusammenhalten hat sein Recht. Nicht Klassenkampf, sondern den Frieden zu suchen, ist die Pflicht dieses Hauses. Wir können unserer Not nicht bei durch Eingriffe in die freie Wirtschaft. Die Teuerung ist Folge der Gesamtfrage des verfallenen Vertrags. Eine scharfe Überwachung und Bestrafung des Wuchers ist nötig; auf der anderen Seite müssen wir den Darlehen, vor allem den Kleinrentnern, mit Staatsmitteln zur Seite stehen. Die Erfahrungen mit dem sozialistischen Wirtschaftssystem sprechen dafür, daß man jeden Versuch in dieser Richtung unterlassen soll. Warum steht in der Regierungserklärung kein Wort über die Förderung der Industrie, des freien Gewerbes und Handels und des freien Bauerntums auf eigener Scholle? Es ist die parteimächtige Einstellung, die es und auch vor zwei Jahren unmöglich machte, der Regierung zuzustimmen. Dabei sind wir gewillt, in einzelnen Punkten mitzuarbeiten. So stimmen wir überein mit der Ausgestaltung des Beamtenrechtes, mit der Verteilung der Reichssteuern nach den Bedürfnissen von Land und Gemeinden, mit der Gemeindeordnung im Sinne der Fortbildung der Steuersachen, mit den Schulfragen und mit der Übernahm der Strafpolizei auf die Justiz. Nichts für unsere Mitarbeit wird das Wohl des Volkes sein.

Gegen 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 15. Dezember, vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Zuschuß zu den Beschaffungskosten für Speisefräume für die Studentenschaft der Technischen Hochschule. 2. Vorlesen von 50 Millionen Mark an die Grass-Textilmaschinenfabrik in Leipzig. 3. Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Volkswirtschaftliches.

Von der Berliner Börse. Die neueste Abwägung der Devisenkurse hielt auch gestern an, da man die politische Situation etwas günstiger beurteilt. Vorherlich begann der Dollar mit 770 und das englische Pfund mit 86000. Im offiziellen Börsenverkehr gab die Kurse weiter nach, der Dollar wurde mit circa 7675 umgekehrt. Der amtliche Kurs für Rubelauszahlung Remort stellte sich auf 7655,81 M. 7694,19 B. — Im freien Effektenverkehr herrsche, wie das „B. Z.“ berichtet, bereits Beterstagstimmung; das Publikum und ebenfalls die Spekulation neigen zu Realisationen, so daß die gestern im Verkehr von Bureau zu Bureau genannten Kurse größtenteils etwas unter den vorgelegten amtlichen Notierungen lagen. Begünstigt für einige Spezialitäten war etwas größere Nachfrage vorhanden.

Die Annahme der Darlehenskassenscheine. In den letzten beiden Ausweisen der Reichsbank war insbesondere die außerordentliche Steigerung der Summe der Darlehenskassenscheine im Portefeuille der Reichsbank auffallend, die in der Vormoche eine Vermehrung von 80,1 in der letzten Woche sogar eine solche von 81,8 Milliarden Mark erliefen. Wie das „B. Z.“ hierzu von zukünftiger Seite hört, ist die Vermehrung im wesentlichen auf die Verpfändung von Getreidebeständen durch die Reichsbank zurückzuführen, durch die legiere sich Mittel zur Besatzung des Getreides beschaffe.

Ausdehnung der Kaufverträge in der Damentextilindustrie. Die erneut zwischen den Damentextilindustrie- und den Einzelhandelsverbänden geführten Verhandlungen über eine Abänderung der Konditionen hinsichtlich der Begrenzung des Salutaristhos für die Abnehmer sind ergebnislos verlaufen. Der Ausschuss des Reichsbundes des Textileinzelhandels hat daher, wie die „Textilwoche“ erzählt, einen für sämtliche Einzelhandelsverbände bindenden Beschluß gefaßt, wonach die Mitglieder der Einkaufs von Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion in fremder Währung bezw. in Anrechnung an eine solche (kurzgeschickte) Mark sowie in Papiermark mit Auszahlung oder gegen Akzept verboten ist. Geplatzt ist lediglich mit Wirkung vom 18. Dezember ab der Kauf in Papiermark zu festen Preisen (Bagerware).

Marktberichte.

Dresdener Schlachtmarkt vom 14. Dezember. Auftrieb: 1. Rinder: 18 Ochsen, 15 Kühen, 14 Kalben und Kühe; 2. 267 Fäher; 3. 132 Schafe; 4. 145 Schweine. Preise in Mark für Lebend- und Schlachtgewicht. Rinder: Montagsschafe. Fäher: 1. Doppelschaf — 2. beste Wast- und Saugfäher 40000 bis 48000, D. 8700, 3. mittlere Mast- und gute Saugfäher 38000 bis 38000, D. 617, 4. geringe Fäher 30000 bis 34000, D. 582. Schafe: Montagsschafe. Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 58000 bis 54000, D. 688, 2. Fettchweine — 3. fleischige 48000 bis 50000, D. 640, 4. gering entwickelte 34000 bis 42000, D. 648, 5. Sauen und Gber 34000 bis 47000, D. 540. — Durchschnittspreis pro Wund. Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nützlicheres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab, Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, ergeben sich also wesentlich über die Staupreise. Ueberhand: 87 Ochsen, 1 Schwein. Tendenz des Marktes: Rinder flott, Schweine flach.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktionsbörse pro 50 kg ab Station. Weizen, märkischer 15 400 — 15 800, pommerscher 15 200 — 15 300, rubig. Roggen, märkischer 13 400 — 13 500, rubig. Sommergerste, märkische 12 800 — 13 400, schlesische 12 500 — 13 000, rubig. Hafer, märkischer 13 000 — 13 100, pommerscher 12 800 bis 12 900, matter. Mais loco Berlin 14 900, Wagon frei Danzig 14 200. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin 2 000 — 46 000, feinstes Marken aber Notiz bezahlt, rubig. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin 37 000 — 40 000, rubig. Weizenkleie 7800 — 8000, Roggenkleie frei Berlin 8000 bis 8000, Kll. Raps 24 000 — 25 000, Kll. Weizen 28 000 bis 31 000, Kll. Erbsen, Viktoria 29 000, Kll. Kleine Speiseerbsen 25 000 — 27 000. Bienen 25 000 — 27 000 Lupinen, blau 17 000 — 18 000, Lupinen, weiß 21 000 bis 25 000.